

Die Universität als Apparat begreifen

Theoretisch-strategische Überlegungen zur Transformation

Lukas Geisler

Mein Text ist ein Versuch, einen gesellschaftstheoretischen Begriff für die Universität als staatliche Bildungsinstitution nachzuzeichnen, der auf ihre Transformation abzielt. Dieser strategisch ausgerichtete Begriff, der aus der staatstheoretischen Debatte entliehen ist, wird durch Überlegungen, was die Funktion und Funktionsweise der Universität ist und wie sie sich diese ergeben, unterfüttert. Ohne etwas vorwegnehmen zu wollen, ergibt sich beides aus den politischen Kämpfen im und um den Staat und den Apparat der Universität. Deshalb ist für die theoretische Fundierung die Berücksichtigung der historischen Genese der Universität unerlässlich. Die Funktion und Funktionsweise kann eben nicht ohne die andauernden politischen Kämpfe in der und um die Universität verstanden werden, sondern sie sind Produkt derselben. Die staatstheoretische Debatte erlaubt, die Universität als gesellschaftliches Verhältnis zu begreifen, »das den Prozess der Wissenserzeugung und -vermittlung unter straffen und hierarchischen Bedingungen organisiert und deswegen auch als Apparat bezeichnet werden kann, der im Bereich des Wissens eine neue Form von Herrschaft etabliert« (Demirović 2010a: 394).

Was das für die theoretisch-strategischen Überlegungen zur Transformation der Universität bedeutet, möchte ich auf den folgenden Seiten skizzieren. Dazu gehe ich wie folgt vor: Zuerst situiere ich die Universität in der Gesellschaft und damit ihre Funktion und Funktionsweise in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Hierbei ist es unerlässlich, auch auf die Rolle des Staates bei der Wissensproduktion im Allgemeinen einzugehen, um anschließend im Besonderen die Universität beleuchten zu können (1. Wissensproduktion und Staatlichkeit im Kapitalismus). Danach werden konkrete Entwicklungstendenzen und -stadien der (west-)deutschen Universität vom Zweiten Weltkrieg bis zur Bologna-Reform schlaglichtartig dargelegt und damit die historische Genese der Universität im heutigen Deutschland beleuchtet (2. Die Genese der Universität seit dem Zweiten Weltkrieg). Daraufhin buchstabiere ich aus, was es heißt, die Universität als Apparat zu begreifen (3. Die Universität als Apparat). Abschließend folgen Überlegungen zur Transformation der Universität (4. Strategische Schlüsse zur Transformation).

Ich möchte darauf hinweisen, dass die vorgestellten Überlegungen weder neu noch innovativ sind. Gerade der Sozialwissenschaftler und Vertreter der kritischen Theorie Alex Demirović hat umfassend die Überlegungen des griechisch-französischen Staatstheoretikers Nicos Poulantzas fortgeführt und auch zur Universität gearbeitet (Demirović 2015). Ich bin der Auffassung, dass diese Überlegungen gerade für aktuelle Debatten und Kämpfe einen nicht zu unterschätzenden Gebrauchswert haben. Daher ist es sinnvoll, diese hier nochmal pointiert vorzutragen.

1. Wissensproduktion und Staatlichkeit im Kapitalismus

Wichtig ist nicht, was Universitäten bei ihrer Gründung waren oder sein sollten, sondern welche spezifische Funktion und Funktionsweise die moderne, bürgerliche Universität im Kapitalismus hatten. Dabei lässt sich eine Gleichzeitigkeit von der Epoche der Aufklärung, der Entstehung der modernen Universitäten und dem Aufkommen des globalen Kapitalismus feststellen. Zwar haben sich Elemente von Universitäten in früheren Gesellschaftsformationen in der heutigen Universität sedimentiert, doch unterscheidet sich die Funktion im heutigen Kapitalismus merklich von der früheren Universität. Einsetzen möchte ich meine Überlegungen mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts:

»Seit dem 19. Jahrhundert hat die nun vom Staat kontrollierte und finanzierte Universität mit dem Widerspruch zu tun, dass sie zwei Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen hat. Auf der einen Seite wird sie für die wissenschaftliche Ausbildung, Lehre und Forschung zuständig. Auf der anderen Seite soll sie zur beruflichen Qualifikation derer beitragen, die in den Bereichen der staatlichen Verwaltung und der Kirche arbeiten.« (Demirović 2010a: 393)

Warum gründet, finanziert und kontrolliert der kapitalistische Staat im 19. Jahrhundert Universitäten? Nach Poulantzas sind zwar der Staat und die ökonomischen Produktionsverhältnisse abgegrenzte Felder, aber nichtsdestoweniger kommt dem kapitalistischen Staat »eine spezifische Rolle in der Konstitution dieser Verhältnisse zu« (Poulantzas 2002: 55). Damit stellt Poulantzas heraus, dass »der kapitalistische Staat eben keine neutrale und den Produktionsverhältnissen äußerlich gegenüberstehende Instanz ist«, sondern »grundlegender Bestandteil der Reproduktion und Regulation kapitalistischer Verhältnisse« (Demirović/Hirsch/Jessop 2002: 33). Anders ausgedrückt: Der Staat »wirkt in positiver Weise, er *schafft, verändert, produziert Reales* [Herv. i. O.]« (Poulantzas 2002: 60); das bedeutet: Dass der Staat die Wissensproduktion und -vermittlung durch die Etablierung von Universitäten monopolisiert, hängt also damit zusammen, dass dieses Wissen grundlegend für das Vor-

anschreiten kapitalistischer Produktionsweise ist – und der Staat unter anderem durch die Universität dieses Wissen organisiert.

Das Verhältnis von Wissen und Macht, wie Demirović es als der Universität eigen definiert (2010a: 394), ist nicht nur für die Frage der ideologischen Legitimation von Herrschaft (durch den Staat) notwendig: »Die Aneignung der Wissenschaft durch das Kapital vollzieht sich zwar in der Fabrik, aber auch durch den Staat. Es ist eine Besonderheit dieses Staates, dass er die Wissenschaft zu inkorporieren versucht, indem er [...] Diskurs organisiert« (Poulantzas 2002: 84). Am deutlichsten kommt dies, nach Poulantzas, am Beispiel der Alphabetisierungsrate zum Vorschein. Im Gegensatz zum vorkapitalistischen Staat, in dem die Fähigkeiten zu lesen und zu schreiben nur wenigen zugänglich waren, vermittelt der kapitalistische Staat diese Fähigkeiten aktiv an Schulen. Nicht umsonst sei »die Grammatik und die Orthographie vom Staat systematisiert, wenn nicht gar entdeckt und dann zu Machtnetzen verknüpft worden« (ebd.: 87). Dies geschieht unter anderem deshalb, weil der Diskurs des Staates verstanden und gehört werden muss. Poulantzas verweist darauf, dass die bürgerliche Gesellschaft, also die bürgerliche Klasse, ebenjener Herausbildung des Macht-Wissen-Verhältnisses bedarf, um ihre Hegemonie zu organisieren; dies zeige sich beispielsweise an der Französischen Revolution (ebd.: 89). Zudem entwickelt sich die kapitalistische Produktionsweise fort, wodurch sich auch die ökonomische Funktion des Staates in Bezug auf die Akkumulation und Reproduktion des Kapitals ändert, die sich dann wiederum in Staat und Ökonomie selbst einschreibt (ebd.: 195). Damit werden immer wieder neue Macht-Wissen-Verhältnisse geschaffen:

»Weil sich (wegen der Veränderungen der Produktionsverhältnisse, der Arbeitsteilung, der Reproduktion von Arbeitskraft, der Abpressung von Mehrwert und der Ausbeutung) eine Reihe von früher peripheren Bereichen (Qualifikation der Arbeitskraft, Städtebau, Verkehrs- und Gesundheitswesen, Umwelt usw.) direkt in den Raum und Prozess der Reproduktion und der Verwertung des Kapitals integrieren, und sie dabei erweitern und modifizieren, erhält die Rolle des Staates in diesem Bereichen eine neue Bedeutung.« (Ebd.: 196)

Und dies hat auch auf die staatlich kontrollierte und finanzierte Universität Einfluss, da die Bedeutung des dort produzierten und vermittelten Wissens seit dem 19. Jahrhundert zu- und nicht abgenommen hat. Dies macht nicht zuletzt die Bologna-Erklärung deutlich, die ein »Europa des Wissens« als »unerlässliche Voraussetzung für gesellschaftliche und menschliche Entwicklung« (Bologna-Erklärung 1999: 1) begreift.

Diese Erkenntnis erklärt noch nicht hinreichend, wie der Staat und seine Apparate funktionieren und welche Funktion ihnen zukommt; also im spezifischen Fall, wie die Universität verstanden als Staatsapparat den Prozess der Wissenser-

zeugung und -vermittlung unter straffen und hierarchischen Bedingungen organisiert (Demirović 2010a: 394). Um dies zu erklären, muss noch einmal explizit der Blick darauf gerichtet werden, wie Poulantzas den Staat mit seinen Apparaten be- greift.

Poulantzas zentrale staatstheoretische Einsicht ist, »dass der Staat ein ge- sellschaftliches Verhältnis ist« (Demirović/Hirsch/Jessop 2002: 14), genauso wie anschließend an ihn die Universität als Staatsapparat ein solches Verhältnis darstellt (Demirović 2010a: 394). Dies bedeutet, dass der Staat ein Terrain der politischen Kämpfe darstellt, sich in ihm also gesellschaftliche Kräfteverhältnisse ausdrücken. Deswegen ist der Staat gerade nicht einheitlich, vielmehr bietet er Raum für unterschiedliche und gegensätzliche Interessen und ist durchzogen von Widersprüchen, die sich aus den gegensätzlichen Interessen ergeben (Demirović/ Hirsch/Jessop 2002: 15). Dieses gesellschaftliche Kräfteverhältnis wird vom Staat organisiert und die herrschenden Klassen und Klassenfraktionen werden zum temporär hegemonialen Block an der Macht verdichtet. Der Staat kann deshalb als Praxis dieser Verdichtung verstanden werden (ebd.: 14). »Die politische Kämpfe, die auf den Staat zielen, durchziehen seine Apparate, weil sie bereits in das Raster des Staates eingeschrieben sind, dessen strategische Konfiguration sie vorzeich- nen« (Poulantzas 2002: 172). Der Staat muss also »als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt [Herv. i. O.]« (ebd.: 159) verstanden werden.

Um diese Rolle des Organisators des temporär hegemonialen Blocks an der Macht wahrnehmen zu können, ist es wichtig – und auch konstitutiv – für den kapitalistischen Staat, dass er eine »relative Autonomie« (Poulantzas 2002: 158) gegenüber einzelnen Klassen und Klassenfraktionen besitzt. Der Staat ist also nicht einfach Instrument des Kapitals oder der herrschenden Klassen und Klas- senfraktionen, die den temporär hegemonialen Block an der Macht bilden. Das wäre dysfunktional, da das gesellschaftliche Kräfteverhältnis im ständigen Wandel ist und so auch der temporär hegemoniale Block an der Macht. Durch die relative Autonomie haben der Staat und seine Apparate eine »eigenständige Materialität«¹ (ebd.: 160), also eigene Logiken und Praktiken, die sich nicht aus den Produktions- verhältnissen ableiten lässt, sondern Resultat und Ausdruck dieser innerstaatlichen Widersprüche und politischen Kämpfe sind (ebd.: 165). Und da das verdichtete Kräfteverhältnis Ergebnis der politischen Kämpfe auf dem Terrain des Staates ist,

1 Staatlichkeit und damit die eigenständige Materialität entsteht aus menschlichen Praktiken. Der Staat muss »in der Gesellschaft gelebt werden« und »Bestandteil der alltäglichen Lebens- weise« sein (Demirović 1987: 150). Staatsapparate stellen mit kollektiven Praktiken gesell- schaftlichen Konsens her und sichern damit ab, dass Bürger*innen »an die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit des Staates ›glauben‹, sie herstellen und reproduzieren« (Sauer 2018: 209).

soll nun ein Blick auf die Universität als Apparat durch die historische Genese der Kämpfe in und um sie geworfen werden.

2. Genese der Universität seit dem Zweiten Weltkrieg

1945 wurden die ersten Universitäten in Deutschland mit Erlaubnis der Alliierten wiedereröffnet. In der Organisation des Apparates schloss man dabei an die »kulturstaatlich verfaßte Ordinarienuniversität«² an, »wie sie Anfang des 19. Jahrhunderts ausgeformt [wurde]« (Keller 2000: 19). Während in der DDR bereits in den 1950ern erste Reformen des Hochschulsystems vollzogen wurden, gab es die erste Hochschulreform in Westdeutschland erst Mitte der 1960er Jahre: Die Ordinarienuniversität wurde im Zuge derselben von der »staatlich regulierten und professorendominierten Gruppenhochschule«³ (ebd.: 6) abgelöst. Dies hatte verschiedene Gründe und ist Ergebnis politischer Kämpfe: Zum einen hatte 1957 die erste erfolgreiche Umkreisung der Erde durch einen sowjetischen Satelliten den sogenannten Sputnik-Schock verursacht, der den Glauben an die technologische Überlegenheit des Westens in Frage stellte (Gagel 2002). Um technologisch aufzuholen, wurde die Frage der Bildungsbeteiligung aller sozialen Klassen relevant (Wiezorek/Merten 2008: 71; siehe auch: Gellert 2009: 81). Auch durch den sogenannten Machtwechsel in Form der erstmaligen Koalition von SPD und FDP wurden Bildungspläne entworfen, die »Bildungsgleichheit sollte verwirklicht werden« (Gagel 2002). Zum anderen, das betont der Bildungswissenschaftler Andreas Keller, wäre die Reform nicht ohne politische Kämpfe von Studierenden erfolgt:

»In der Vergangenheit gingen Phasen hochschulpolitischer Neuordnungen stets mit einem verstärkten Engagement der Studierenden einher. Gegen die verkrustete Ordinarienuniversität gerichtete Proteste der Studentenbewegung in den 60er Jahren waren ein wichtiger Faktor dafür, dass die Hochschulreform nach 1968 überhaupt auf den Weg gebracht werden konnte.« (Keller 2000: 13)

Es muss wahrscheinlich hinzugefügt werden, dass auch die Studierendenbewegung nicht aus dem nichts kam, sondern erst durch engagierte Professor*innen und Dozierende innerhalb der Universität ermöglicht wurde, die die Voraussetzungen für ein kritisches Bewusstsein unter Studierenden in den 20 Jahren seit dem

-
- 2 Die Ordinarienuniversität ist eine Organisationsform, bei der die Professor*innen (Ordinarien) im Mittelpunkt stehen und vom Staat ernannt und besoldet werden. Diese Form betonte die Autorität und den Einfluss der Professor*innen auf den Lehrbetrieb.
 - 3 Die professorendominierte Gruppenhochschule ist eine Organisationsform, bei der die Professor*innen als Mitglieder verschiedener Fachgruppen fungieren und gemeinsam Entscheidungen über den Lehrplan, die Forschung und andere universitäre Angelegenheiten treffen.

Zweiten Weltkrieg geschaffen hatten. Beispielsweise hebt Demirović emphatisch hervor, dass die beiden Hauptvertreter der Kritischen Theorie Theodor W. Adorno und Max Horkheimer einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Proteste in Frankfurt a.M. und auch darüber hinaus hatten:

»Ihre universitäre wie theoretische Tätigkeit zielt darauf, Studierende dazu zu motivieren, sich in ihrem Handeln von Vernunft und Wahrheit bestimmen zu lassen und zu Trägern einer solchen Praxis zu werden. Die studentische Protestbewegung seit Mitte der sechziger Jahre könnte als Ergebnis des Einflusses der Kritischen Theorie und als der Versuch interpretiert werden, sie in Praxis umzusetzen.« (Demirović 2023: 681)

Die Hochschulreform führte im Vergleich zur Ordinarienuniversität zu einer Öffnung und Demokratisierung.⁴ Es lässt sich also zusammenfassend beobachten, dass die politischen Kämpfe der Studierenden zusammen mit der Praxis von kritischen Wissenschaftler*innen wie auch der Verschiebung des Interesses des temporär hegemonialen Blocks an der Macht zu der ersten westdeutschen Hochschulreform geführt haben. Eine ähnliche Konstellation lässt sich auch im Vorfeld der Bologna-Erklärung und dem darauffolgenden Bologna-Prozess beobachten. Zu dieser Konstellation gehört das Ende des Kalten Krieges, die Transformation der Produktionsverhältnisse vom Fordismus zum Postfordismus.⁵ Für die Transformation der Universität, das zeigt die erste Hochschulreform, sind neben Veränderungen in den globalen Produktionsregimen auch spezifische historische Konstellationen, das heißt Kräfteverhältnisse, im Staat und der Universität entscheidend.

Das Beispiel der ersten Hochschulreform weist nicht nur darauf hin, dass der Apparat der Universität durch das konflikthafte Wirken der beschriebenen gesellschaftlichen Kräfte geformt wurde und wird. Es weist aber auch darauf hin, dass die Handlungsmöglichkeiten des Staates eingeschränkt sind. Dies wird beispielsweise an der großen Zeitspanne zwischen dem Sputnik-Schock und der ersten Hochschulreform deutlich. Aber dass die sich verändernden ökonomischen Produktionsverhältnisse nicht direkt Einfluss auf den Apparat der Universität haben, rührt aus

4 Auch schon damals wurde die Universität unter dem Gesichtspunkt Ökonomisierung und Vermarktlichung kritisiert. Beispielhaft zeugt davon die SDS-Hochschulgedenschrift (Sozialistischer Deutscher Studentenbund 2010: 297).

5 Der Fordismus war ein Wirtschaftsmodell, das auf Massenproduktion und Massenkonsum basierte und vor dem Zweiten Weltkrieg in den USA und danach auch in Westeuropa dominierte (Jessop 1986: 12). Seit den späten 1970er Jahren wird über die Krise des Fordismus gesprochen, gefolgt von Diskussionen über die Entstehung des »Postfordismus« (Hachtmann 2011). Der Postfordismus zeichnet sich vor allem durch Flexibilisierung aus, während andere Elemente des Fordismus beibehalten werden (Jessop 1986: 16).

der konstitutiv notwendigen relativen Autonomie des Staates und seiner Apparate, ohne die er nicht den temporär herrschenden Block an der Macht organisieren könnte.

3. Die Universität als Apparat begreifen

Im Folgenden werde ich mich der konkreten Ausgestaltung des Apparates der Universität widmen. Aus einer rein ökonomischen Perspektive könnte man meinen, dass die Funktion der Universität in der kapitalistischen Produktionsweise folgendermaßen zu fassen ist: Das spezifische Produkt des universitären Produktionsprozesses ist – allgemein gesprochen – Wissen, und zwar in zwei Formen. Zum einen als neu produziertes Wissen: Neue Problemlösungen werden als Resultat der Forschungsprozesse verstanden. Zum anderen als vermitteltes oder angeeignetes Wissen: Ziel der universitären Ausbildung ist die Qualifikation der Ware Arbeitskraft, also die Qualifikation von Studierenden, den zukünftigen Arbeitskräften (Wagner 1977: 57). Doch dies ist, wie die historische Genese und nicht zuletzt die Theoretisierung des Staates und seiner Apparate zeigt, keine hinreichende Erklärung für die Funktion und Funktionsweise der Universität. Natürlich variieren die Anforderungen des Produktionsprozesses an Forschung und Arbeitskräfte, sodass die Universität zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten unterschiedlich ausgestaltet ist. Gerade die sich wandelnden Anforderungen der Qualifikation der Ware Arbeitskraft finden also in gewissen Teilen Einzug in die Universität, aber gleichzeitig schreibt sich die Wissensproduktion auch wieder in die Produktionsverhältnisse ein, formt und verändert sie. Konstitutiv für diese Entwicklungen und Tendenzen sind die politischen Kämpfe auf dem Terrain des Staates und der Universität als Apparat, als auch die relative Autonomie und eigenständige Materialität, die sich daraus ergeben. Deutlich machen möchte ich dies anhand von drei Aspekten, die ich im Folgenden durchgehen werde.

Der erste Aspekt, der verdeutlichen soll, dass die Universität nicht rein ökonomisch erklären lässt, ist, dass die Universität als Apparat durchzogen von Politik ist und sich darin die relative Autonomie und eigenständige Materialität ausdrückt. Die politische Funktion der Universität als Staatsapparat kommt nicht darin zur Geltung, dass die Wissenschaften – zumindest in einer repräsentativen Demokratie – durch Drohungen von Gewalt und Sanktionen konfrontiert wären. Nein, die Universität und damit die Wissenschaft haben eine relative Autonomie nicht nur gegenüber den Produktionsverhältnissen, sondern auch gegenüber dem Staat. Die Wissenschaft an der Universität ist vielmehr »selbst von Politik und Staat durchzogen, sie nimmt die Form der Ideologie an, die in materiellen Praxen [...] organisiert ist« (Demirović 2015: 149). Dies lässt sich beispielsweise anhand der Qualifikation der Ware Arbeitskraft – den Studierenden – erklären: Die Universität hat zur Aufga-

be, die Ware Arbeitskraft für den hochspezialisierten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Sprich: Es müssen fachliche Kompetenzen vermittelt werden. Doch in der Form, wie das geschieht, findet eine Überlagerung statt. Neben den fachlichen Kompetenzen werden auch Kompetenzen vermittelt, die angeben, wie etwas zu tun ist, und über die reine fachliche Qualifikation hinaus gehen. Studierende erlernen neben den fachlichen Kompetenzen zugleich, »den Kanon staatlich lizenzierten Wissens als selbstverständlich zu respektieren« (ebd.). Sie üben darüber hinaus körperliche und intellektuelle Disziplinen ein, sie eignen sich an, wie man wissenschaftlich schreibt, wie man sich ausdrückt. Permanente Leistungsabfrage durch Prüfungen und Seminararbeiten sollen zum Lernen anhalten und Fortschritt sichtbar machen. Dadurch werden Studierende für die Konkurrenz und den Wettbewerb sozialisiert. In diesem Prozess werden sie »sortiert, eingeteilt und aussortiert«. Studierende lernen auch, dies hinzunehmen und sich einzufügen (ebd.: 150). Genau jene alltäglichen Praxen zeugen von der eigenen Materialität, die sich durch die relative Autonomie herausbildet und den politischen Charakter der Universität als Apparat aufzeigt.

Es lassen sich aber auch Beispiele dafür finden, wie die eigene Materialität ausgestaltet sein kann, die nicht unmittelbar auf eine solche Disziplinierung der Studierenden abzielen: Als Rektor der Frankfurter Universität war Max Horkheimer maßgeblich daran beteiligt, dass ein Studierendenhaus in der Mitte des Campus gebaut wurde und dieses unter studentische Selbstverwaltung gestellt wurde. In der Eröffnungsrede von 1953 macht er explizit, dass ein solches selbstverwaltetes Studierendenhaus zu

»[...] der Erziehung einer akademischen Jugend [beitragen soll], die sich nicht bloß wissenschaftliche Verfahrensweisen aneignet, sondern die zugleich den Umgang mit Menschen [...], freiwillige Hingabe an soziale, künstlerische, sportliche Tätigkeiten, Liebe zum Denken und Forschen, zum Diskutieren zur kreativen Muße, kurz die den Geist der realen und tätigen Demokratie praktiziert.« (Horkheimer 1953: 12)

Dass Horkheimer als damaliger Rektor, also als höchster Funktionsträger der Universität, das Studierendenhaus unter die Selbstverwaltung der Studierenden stellt, zeigt – genauso wie das vorige Beispiel, aber auf andere Art – die relative Autonomie, die eigenständige Materialität, die sich in den Praktiken zeigt, und die politische Dimension der Universität auf: Die Studierenden sollen demokratische Praktiken und Lebensformen erlernen. Nicht auf einem autoritären Weg, sondern durch Selbstverwaltung, was gerade zu dieser Zeit den Interessen des herrschenden Blocks an der Macht widersprach (Demirović 2023: 93ff.).

Der zweite Aspekt ist die grundrechtlich geschützte Freiheit der Wissenschaft,⁶ die vielleicht am deutlichsten auf die politische Dimension der Universität als Apparat mit eigener Materialität verweist. Die Freiheit der Wissenschaft lässt mitunter radikale Abweichungen und Abschweifungen zu, wie sie zum Beispiel durch kritische Wissenschaften und kritische Gesellschaftstheorie – zwar marginal, aber immerhin – an Universitäten existiert. Das widersprüchliche Verhältnis von verwertbaren Ergebnissen einerseits und der Erschließung neuer Wege und Erkenntnisse andererseits weisen dabei auf die funktionale Notwendigkeit von Autonomie und Freiheit der Wissenschaft hin, die der Universität zu eigen ist (Belina/Petzold/Schardt/Schipper 2013: 53). Der Staat reguliert den Apparat der Universität in einem komplizierten Balanceakt:

»Er muss die Autonomie der Wissenschaften schützen, damit nach internen, also Wissensgesichtspunkten geforscht und gelehrt wird, doch darf dieses Wissen nicht zu kritisch-alternativ, die Subalternen ermächtigend und damit souveränitätsgefährdend werden.« (Demirović, 2015: 153)

Ganz konkret gemacht (und stark vereinfacht) heißt das: Die Organisationsform der Universitäten wird vom Staat vorgegeben (beispielsweise durch Hochschulrahmengesetze) und auch die Finanzierung wird zum überwiegenden Teilen staatlich getragen. Dabei gibt es die sogenannte Grundfinanzierung und spezielle Sonderprogramme (Hochschulrektorenkonferenz o.J.). So legt der Staat (oder die politischen Kämpfe im Staat) den Rahmen beziehungsweise das »Gerüst« (Poulantzas 2002: 157) für Universitäten fest, doch wie die Spielräume, die relative Autonomie genutzt wird, hängt von den verdichteten Kräfteverhältnisse im Apparat der Universität ab.

Der dritte, daraus resultierende Aspekt ist, dass nicht alle Studiengänge und Universitäten auf gleiche Weise dem Diktat der Anwendungsorientierung und ökonomischen Verwertbarkeit angepasst sind. Der Studiengang Philosophie unterscheidet sich in dieser Hinsicht etwa erheblich von den wirtschaftswissenschaftlichen Fächern. Auch gibt es stark divergierende lokale Pfadabhängigkeiten; sprich: Auch Universitäten unterscheiden sich teils stark voneinander:

»In welcher Weise diese relative Autonomie des Staatsapparats Universität ausgestaltet wird, ist Ausdruck der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auf dem Terrain des Staates. In welcher Weise sie auf der Ebene der einzelnen Universität genutzt wird, hängt zusätzlich wesentlich von den lokalen Kräfteverhältnissen ab, die Unterschiede zwischen Universitäten und Pfadabhängigkeiten ihrer Entwicklung hervorbringen.« (Belina/Petzold/Schardt/Schipper 2013: 53).

6 In Artikel 5 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es: »Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.«

Es stimmt zwar auch, dass durch die Transformation der Staatlichkeit hin zu einer Transnationalisierung auch die Wissenschaft als Apparat mittlerweile vielleicht eher als transnationalisiertes Netzwerk organisiert ist (Demirović 2010b: 73), aber dies gilt nur begrenzt für Studierende, auch wenn durch die Einführung des European Credit Transfer System (ECTS) und durch die Zweigliederung des Studiums Wechsel des Studienortes häufiger wurden. Studiert wird an einer Universität – und wie das Studium aussieht, also die konkreten Praxen des Studierens, hängt davon ab, wie dies an der jeweiligen Universität ausgestaltet ist (angefangen von der Architektur bis zu den Prüfungsordnungen); wie und in welcher Weise die relative Autonomie genutzt wird, ist also davon abhängig, wie die lokalen Kräfteverhältnisse aussehen.

4. Strategische Schlüsse zur Transformation

So komplex die Universität ist, so komplex und vielschichtig muss auch die politische Strategie aussehen, wenn die Universität in einem progressiven Sinne transformiert werden soll. Die gute, aber auch offensichtliche Schlussfolgerung zuerst: Die Universität ist nicht unveränderlich, vielmehr ist sie das Ergebnis politischer Kämpfe in und um sie. Doch genauso wenig wie Universität allein aus den ökonomischen Bedingungen abgeleitet werden kann, ist sie, ohne den Blick aufs Ganze zu lenken, nicht zu verstehen und nicht zu verändern. Fangen wir also mit den Grenzen der Transformation der Universität an: Die Universität im Kapitalismus ist nicht ohne eine Wissensproduktion und -vermittlung zu denken, die im Bereich des Wissens eine neue Form von Herrschaft etabliert (Demirović 2010a: 394). Eine andere Universität wäre nur in einer anderen Gesellschaftsformation denkbar, die nicht warenförmig geprägt ist und nicht auf der Akkumulation von Kapital beruht.

Doch auch heute noch sind in den Elementen und Praktiken der Universität sedimentierte Überbleibsel aus weniger ökonomisierten Phasen vorhanden und bilden teilweise nicht-ökonomisierte (und vielleicht sogar queer-feministische, anti-rassistische und so weiter) Freiräume. Historisch markant, das zeigt die Genese, ist, dass die Transformation des Staates und seiner Apparate mit Krisen der Kapitalakkumulation und der kapitalistischen Produktionsweise einhergehen. Eine solche spezifische historische Konstellation herbeizuführen ist nur schwer möglich. Doch muss und sollte diese Feststellung nicht handlungsunfähig zurücklassen – in dem Sinne, »man könne sowieso nichts ändern«. Es ist wichtig zu betonen, dass die verdichteten Kräfteverhältnisse stets in Aushandlung begriffen sind, dass die internen Widersprüche den Staat und die Universität durchziehen und die Universität innerhalb des vorgegebenen ökonomischen Gerüsts das Ergebnis politischer Kämpfe ist (Poulantzas 2002: 157). Und daher – innerhalb der Grenzen des Gerüsts – durch die politischen Kämpfe auch lokal anders ausgestaltet werden könnte. Dies bedeutet,

dass studentisches Engagement in der nur defizitär demokratischen Verfasstheit der Universität sehr sinnvoll sein kann. Ob in Berufungsverfahren, verschiedensten universitäre Kommissionen oder durch Beteiligung beim Schreiben von Prüfungs- und Studienordnungen: Es macht einen Unterschied, welche*r Professor*in berufen wird, welchen Regeln Prüfungen unterliegen und wie viele es davon gibt und so weiter. Auch andere, bewegungsorientiertere politische Kämpfe und Aktionsformen wie Demonstrationen, Sit-ins, Teach-ins oder Besetzungen können sich als sinnvoll erweisen. Damit all dies allerdings höhere Erfolgschancen hat, sind statusgruppenübergreifende Bündnisse innerhalb des Apparates unerlässlich.⁷ Hier spielen vor allem lokale Kräfteverhältnisse eine Rolle, weshalb eine Strategie an einer Universität erfolgreich sein kann, während sie an einer anderen scheitert.

Durch die relative Autonomie gibt es für alle Statusgruppen der Universität Handlungsspielräume und die verdichteten Kräfteverhältnisse sind in stetiger Aushandlung, denn Herrschaft ist ein Prozess, der sich nur in ständigen Reibungen vollzieht. Gerade wenn der temporär hegemoniale Block an der Macht in eine Krise gerät, was sich beispielsweise durch das multiple (globale) Krisengeschehen (Demi-rovic/Dück/Becker/Bader 2011: 13) von der Klimakrise bis zu Kriegen und Krisen in der Kapitalakkumulation und Reproduktion zeigt, können, wie historisch gesehen, diese Handlungsspielräume größer werden. Da die Universität ein gesellschaftliches Verhältnis ist, ist davon auszugehen, dass durch die epochale Krise des fossilen Kapitalismus (Moore 2020: 456) es auch zu einer Krise des Wissensregimes kommt. Denn die Klimakrise zwingt den Staat nicht nur dazu, die Produktionsweise zu transformieren (in den Grenzen der Möglichkeit des Staates), sondern auch der Prozess der Wissensproduktion und -vermittlung muss reorganisiert werden und mit ihm die Universität (ebd.: 233).

7 Universitäre Freiräume können auch genutzt werden, um in die Gesellschaft zu wirken: Beispielsweise kann die Kampagne »Wir fahren zusammen« von Fridays for Future und ver.di genannt werden. Ein solches Bündnis machte die ersten Gehversuche in Folge einer studentischen Vollversammlung der Leipziger Universität 2019. Damals luden die Studierenden den Betriebsratvorsitzenden des Leipziger Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ein: »Er rief dazu auf, den Klimaschutz mit einer Unterstützung der ÖPNV-Beschäftigten bei künftigen Tarifrunden zu verbinden« (Dörre 2021: 227).

Literaturverzeichnis

- Belina, Bernd/Petzold, Tino/Schardt, Jürgen/Schipper, Sebastian (2013): »Die Goe-the-Universität zieht um. Staatliche Raumproduktion und die Neoliberalisie-rung der Universität«, in: sub/urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 1(1), S. 49–74.
- Bologna-Erklärung (1999): »Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsmini-ster 19. Juni 1999«, online unter: https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-03-Studium/02-03-01-Studium-Studienreform/Bologna_Dokumente/Bologna_1999.pdf, zuletzt aufgerufen am 05.02.2024.
- Demirović, Alex (1987): »Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung«, Hamburg: Argument.
- Demirović, Alex (2010a): »Von einer bedingten Universität zum emanzipatorischen Wissen. Für eine demokratische Hochschulreform – jenseits von »Bologna««, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), Was ist passiert? Stellungnahmen zur Lage der Universität, Zürich: Diaphanes, S. 393–405.
- Demirović, Alex (2010b): »Materialistische Staatstheorie und die Transnationali-sierung des kapitalistischen Staates«, in: Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (Hg.), Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas, Baden-Baden: Nomos, S. 53–80.
- Demirović, Alex (2015): »Wissenschaft oder Dummheit? Über die Zerstörung der Ra-tionalität in den Bildungsinstitutionen«, Hamburg: VSA.
- Demirović, Alex (2023): »Der nonkonformistische Intellektuelle. Von der kritischen Theorie zur Frankfurter Schule«, Wien: Mandelbaum.
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (2011) (Hg.): »Vielfach-Krise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus«, Hamburg: VSA.
- Demirović, Alex/Hirsch, Joachim/Jessop, Bob (2002): »Einleitung der Herausgeber«, in: Poulantzas, Nicos: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg: VSA, S. 7–34.
- Dörre, Klaus (2021): »Die Utopie des Sozialismus: Kompass für eine Nachhaltigkeits-revolution«, Berlin: Matthes & Seitz.
- Gagel, Walter (2002): »Der lange Weg zur demokratischen Schulkultur. Politische Bildung in den fünfziger und sechziger Jahren«, in: Aus Politik und Zeitge-schichte, 12.11.2002, online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/26625/der-lange-weg-zur-demokratischen-schulkultur/>, zuletzt aufgerufen am 12.02.2024.
- Geppert, Alexander C. T. (2009): »Anfang – oder Ende des planetarischen Zeital-ters? Der Sputnikschock als Realitätseffekt, 1945–1957«, in: Polianski, Igor J./Schwartz, Matthias (Hg.), Die Spur des Sputnik. Kulturhistorische Expeditionen ins kosmische Zeitalter, Frankfurt a.M./New York: Campus.

- Hachtmann, Rüdiger (2011): »Fordismus«, in: Docupedia-Zeitgeschichte, online unter: <https://docupedia.de/zg/Fordismus>, zuletzt aufgerufen am 06.01.2024.
- Hochschulrektorenkonferenz (o.J.): »Hochschulfinanzierung«, online unter: <https://www.hrk.de/themen/hochschulsystem/hochschulfinanzierung/>, zuletzt aufgerufen am 06.01.2023.
- Horkheimer, Max (1953): »Rede zur Einweihung des Studentenhauses«, in: Einweihung des Studentenhauses. Ansprachen gehalten am 21. Februar 1953 beim Akademischen Festakt, Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann.
- Jessop, Bob (1986): »Der Wohlfahrtsstaat im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus«, in: Prokla. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik 16(65), S. 4–33.
- Moore, Jason W. (2020): »Kapitalismus im Lebensnetz: Ökologie und die Akkumulation des Kapitals«, Berlin: Matthes & Seitz.
- Poulantzas, Nicos (2002 [1977]): »Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus«, hg. v. Alex Demirović, Joachim Hirsch, Bob Jessop. Hamburg: VSA.
- Sauer, Birgit (2018): »Der Staat als geschlechtsspezifisches Gewaltverhältnis. Eine (neo-)marxistisch-feministische Perspektive«, in: Wöhl, Stefanie/Scheele, Alexandra (Hg.), Feminismus und Marxismus, Weinheim: Beltz Juventa, S. 202–217.
- Sozialistischer Deutscher Studentenbund (2010 [1961]): »SDS-Hochschuldenkschrift. Hochschule und Gesellschaft«, in: Unbedingte Universitäten (Hg.), Was ist Universität? Texte und Positionen zu einer Idee, Zürich: Diaphanes, S. 295–300.
- Wagner, Wolf (1973): »Der Bluff. Die Institution Universität in ihrer Wirkung auf die Arbeitsweise und das Bewußtsein ihrer Mitglieder«, in: Probleme des Klassenkampfes. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik 3(7), S. 43–81.
- Wiezorek, Christine/Merten, Roland (2008): »Soziale Ungleichheit«, in: Coelen, Thomas/Otto, Hans-Uwe (Hg.), Grundbegriffe Ganztagsbildung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71–78.

